

KEIN
GELD
FÜR
KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 28 Sommer 2002

Krieg, Geld und Gewissen

Internationale Konferenz der Militärsteuer-Verweigerer nach 16 Jahren wieder in Deutschland

Vom 5. - 8. September 2002 lädt das Netzwerk Friedenssteuer die Aktiven und alle Interessierten im Lande zur "9. Internationalen Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Kampagnen" unter dem Thema "Krieg, Geld und Gewissen" nach Berlin und Storkow (bei Berlin) ein. Es werden über 80 TeilnehmerInnen aus 15 Ländern erwartet.

Aus Gewissensgründen wollen die Mitglieder der Initiativen weder Kriegsdienst mit der Waffe leisten noch Geld für Krieg zahlen. Seit 1986 (Tübingen) kommen die nationalen Initiativen aus 12 west- und osteuropäischen Staaten, USA, Kanada, Neuseeland und Japan alle zwei Jahre zusammen, um sich gegenseitig und Interessierte zu informieren, zu unterstützen und Wege zur Realisierung ihres Anliegens zu finden.

Auf internationaler Ebene brachten sie ihr Anliegen in der Erklärung des Millennium Forum 2000 der Nichtregierungsorganisationen ein (New York, Mai 2000): „In the context of the right not to be complicit in killings, we call for full legal recognition of the rights of conscientious objectors“ ("Im Zusammenhang mit dem Recht, nicht Mittäterin bzw. Mittäter beim Töten zu werden, fordern wir die volle gesetzliche Anerkennung des Rechtes auf gewissensbedingte Verweigerung"). Gegenstand der Beratungen ist es, dieser Forderung öffentlich so viel Nachdruck zu verleihen, dass sie in allen Ländern als gesetzliches Verweigerungsrecht verankert wird.

Die Militärsteuer-Verweigerung steht im Zusammenhang mit der UN-Dekade für eine Kultur des Friedens und

der Gewaltfreiheit zugunsten der Kinder dieser Welt sowie der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt. Es geht um die Bedeutung des Geldes für Krieg oder Frieden und für die weltweite Gerechtigkeit. Die Vision des Friedens soll endlich mit solchen Ressourcen ausgestattet werden, dass sie Wirklichkeit werden kann. Denn auch Frieden braucht Geld.



Die pazifistischen Steuer-Verweigernden empfinden sich persönlich verantwortlich für die Verwendung ihres Steuergeldes und Sie wollen einen Friedensetat mit mehr Geld als der Verteidigungsetat. So könnte Deutschland im zivilen und politischen Bereich sehr viel wertvollere Friedenshilfe leisten als mit militärischen Mitteln.

Das Konferenzprogramm beginnt am 5. September in der Bartholomäuskirche in Berlin, wo der anglikanische Reverend Paul Oestreicher, ehemaliger Leiter des Versöhnungszentrum im englischen Coventry, von seinen Erfahrungen in der internationalen Versöhnungsarbeit berichtet und seine Schlussfolgerung "Steuer-Verweigerung ist die moderne Form der Verweigerung von Militärdienst" darlegt.

Ab Freitag tagt die Konferenz im Ev. Jugendheim Hirschluch (vgl. auch S. 2). Dort werden in 14 Workshops mit anderen Friedensinitiativen verschiedene Themenaspekte bearbeitet, und die Länderinitiativen berichten über ihre Aktionen für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer. Der internationale Zusammenschluss CPTI führt mit allen Teilnehmenden eine Mitgliederversammlung durch; zudem tagt sein Vorstand.

Sonntags schließt die Konferenz mit einer Berlinrundfahrt und einer "Meditationsstunde der Religionen" in der Kreuz-Kirche/Berlin. Am Montag beginnt das Nachprogramm. Dazu gehören Gespräche in kleinen Gruppen mit Bundestagsabgeordneten oder ihren Büro-Verantwortlichen, Besuche bei den Regionalgruppen des Netzwerks Friedenssteuer, anderen Friedensinitiativen und Freunden.

Hannelore Morgenstern

Aktuelles zur 9. Internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen vom 5.-8. September 2002 in Hirschluch bei Berlin

Am 23./24.6.02 fand das 6. Arbeitstreffen des Vorbereitungs-Teams in Berlin statt, mitten in der heißen Phase kurz vor Aussendung der Teilnehmer-Unterlagen. Am 2.7. konnte unser Konferenz-Koordinator Friedrich Heilmann nach intensivem Einsatz rundmailen, dass an 80 bisher angemeldete TeilnehmerInnen aus 15 Ländern die dicken Umschläge bzw. die e-Mails mit Anhängen herausgegangen sind. Seither kommen noch weitere Anfragen und –meldungen aus verschiedenen Ländern.

Wer noch nicht dabei ist und trotzdem teilnehmen möchte (Kosten zwischen 110 und 175 Euro): Bitte umgehend anmelden! Die Plätze werden allmählich knapp, und für die Feinplanung vor Ort werden alle Daten benötigt.

Hier noch einmal die Eckpunkte der Konferenz

(weitere Informationen im Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de)

Do., 5.9.02, 19 Uhr Bartholomäuskirche Berlin- Prenzlauerberg	Öffentliche Veranstaltung: Begrüßung durch Vertreter der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg Vortrag: Krieg , Geld und Gewissen (Rev. Paul Oestreicher, Coventry/GB)
Fr., 6.9. in Hirschluch	Eröffnung, Grußworte, Plenumsgespräch „Nachgefragt“ mit Paul Oestreicher Workshop-Runde I (7 Themen), abends: persönliche Zeugnisse, danach: Pantomime für alle
Sa., 7.9. in Hirschluch	Podiumsgespräch: „Alternativen zur militärischen Friedenssicherung“ Workshop-Runde II (7 Themen), Vollversammlung CPTI, Workshop-Berichte, Forum der Länder, Bunter Länderabend
So., 8.9. in Hirschluch in Berlin Kirche z. Hl. Kreuz	Abschlußplenum Stadtrundfahrt Meditationsstunde der Religionen: Frieden leben – Frieden gestalten
Mo., 9.9.02	Besuch im Politischen Berlin: Gespräche mit Abgeordneten, Gespräch im Auswärtigen Amt
in den Tagen danach:	Besuche von TN bei Regionalgruppen des Netzwerk Friedenssteuer und in Gastfamilien

Das Vorbereitungs-Team freut sich auf eine interessante und fruchtbare Konferenz. Von allen, die sich dem *Netzwerk Friedenssteuer* zugehörig oder verbunden fühlen, egal, ob sie an der Konferenz teilnehmen oder nicht, **brauchen wir außer der moralischen noch aktive Unterstützung:**

a) **GastgeberInnen** für ausländische Gäste in den Tagen nach der Konferenz in allen Teilen Deutschlands. Meldung bitte an unseren Konferenz-Koordinator:

Friedrich Heilmann, eMail: friedrich.heilmann@epost.de, Tel: +49-(0)3362-503071,

Fax: +49-(0)3362-27491, mobil: +49-(0)163-5030710

b) **Spenden**, denn **trotz intensiven Fundraisings fehlen auf dem Konferenzkonto noch ca. 4.500 Euro**. Konto-Nr. 89420814 bei der Sparkasse Minden-Lübbecke (BLZ 490 501 01)

Kontoinhaber: Bund für Soziale Verteidigung, Verwendungszweck: AG Friedenssteuer-9. Int. Konf.

Klausmartin Voigt

Aus den Regionen

Südwest

Das letzte Treffen der Region Südwest fand am 8. Januar 2002 mit neun TeilnehmerInnen bei Christa und Klausmartin Voigt in Merzhausen bei Freiburg statt.

Außer den üblichen persönlichen Berichten, u.a. über den Prozess von Mechtild Eisfeld (vgl. S. 4), waren der aktuelle Stand der Gesetzesinitiative und der Int. Konferenz Thema.

In einem Vortrag über die aktuelle Bedeutung des Grundgesetzes als Grundlage zu Lobbygesprächen wies Gisela Deinzer eingehend auf die vielen Möglichkeiten hin, sich auf die Grundrechte zu beziehen – nicht nur auf Art. 4 GG (Gewissensfreiheit). Gisela und Gertie Brammer bereiten Unterlagen für alle Interessierten, insbesondere für die Lobby-Arbeit vor.

Das nächste Treffen findet voraussichtlich am 16. Oktober 2002 bei Dietlind und Wieland Walther in Kirchzarten statt.

Aus dem Netzwerk

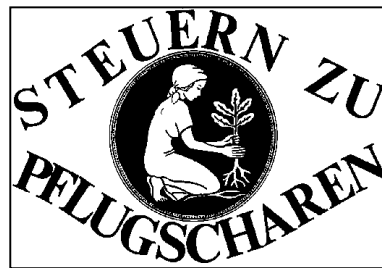
Das Frühjahrestreffen fand, wie gewohnt zusammen mit der Jahrestagung von Steuern zu Pflugscharen, vom 22. bis 24. Februar wieder im Alten Amtsgericht in Fronhausen/Lahn statt.

Den Schwerpunkt bildete am Samstag ein Referat von Uli Wohland von der *Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden* über Boykottaktionen. Nach einem Überblick über Historie und theoretischen Hintergrund dieser Protestform hörten wir interessante Details besonders bekannter bzw. erfolgreicher politischer Boykottaktionen der letzten Jahre. Leider blieb nicht genügend Zeit, die in vier Gruppen zu verschiedenen Schwerpunkten (Bewußtseinsbildung, Prozesse, Lobbyarbeit und Unterschriftenaktion) entwickelten Ideen zum Steuerboykott zu konkreten Aktionsformen für das Netzwerk weiterzuentwickeln.

Es wurde daher beschlossen, das Thema, wieder unter der fachkundigen Anleitung von Uli Wohland, beim Herbsttreffen mit dem Ziel weiterzubehandeln, eine konkrete Kampagne zu planen. **Termin: 22.-24. November 2002 in Eisenach.**

Des weiteren spielten natürlich die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte (vgl. die folgenden Beiträge) und die Konferenz eine wichtige Rolle. Das Protokoll ist bei Interesse über die Redaktion erhältlich.

Aus den Arbeitsschwerpunkten



Ev.-Lutherische Kirche in Thüringen befürwortet Initiativen für einen Friedensfonds

Auf ihrer Frühjahrstagung am 23. 3. 2002 hat die Landessynode einen umfangreichen Beschluss zum Thema Friedensethik gefasst, indem es u.a. heißt: "Wir befürworten Initiativen für einen Friedensfonds, der Steueranteile für Friedenszwecke umwidmet. Wir bitten den Landeskirchenrat, Menschen beizustehen, die in Berufung auf Gewissensgründe Steueranteile umwidmen wollen."

In einem Begleitschreiben an uns wird dazu erläuternd ausgeführt: "Konkret bedeutet das für uns, dass wir zunächst einmal zum Gespräch vorrangig mit unseren Gemeindegliedern und mit Menschen auf dem Gebiet unserer Landeskirche bereit sind. Dabei werden wir gemeinsam überlegen, wie wir ihnen beistehen können. Wir werden, wo erforderlich, dafür werben, dass ihre ethische Position ernst genommen wird und ihnen aus ihrer Erkenntnis keine Nachteile erwachsen". Weitere Infos über Familie Rambow, Erfurt (Adresse siehe S. 8).

Präses der EKD Synode hält Thema Steuerwerweigerung für z.Z. nicht umsetzbar.

Leider konnten wir bei unserem Gespräch mit Präses Schmude am 29. 11. 01 keine weiterführende Strategie mit der EKD und für unser Anliegen verabreden.

Herr Schmude rät uns, uns anderen aktuellen Themen zuzuwenden. Die Zeit für eine Unterstützung der Steuerwerweigerung sei in der EKD nicht reif. Er achtet persönlich unser Engagement, wünscht uns einen langen Atem und verweist dabei auf Ghandi. Also nichts Neues und wir werden am Ball bleiben!

Bischof Noack (KPS) begleitet aktuelles Verweigerungsverfahren mit Aufmerksamkeit und Interesse.

Rambows haben ein neues Verweigerungsverfahren begonnen und ihren Bischof (Kirchenprovinz Sachsen) darüber informiert. Der Bischof hat um weitere Informationen geben. Der Kontakt wird fortgesetzt. Wieder ein Zeichen dafür, wie sich Kontakte zu Kirchenleitungen positiv verstärken! Mehr darüber bei Rambows, Erfurt (Adresse siehe S. 8).

Kirchentagsresolution findet verhaltenen Anklang in Landeskirchen

Unsere Resolution vom Kirchentag in Frankfurt wurde von uns an alle Landeskirchen weitergeleitet, da dies von der EKD leider nicht geschehen ist. Geantwortet haben die Ev. Landeskirche Württemberg, Ev. Kirche von Westfalen, Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz und die Ev.-Lutherische Kirche in Oldenburg. Wer in diesen Bereichen lebt, sollte einmal als Gemeindeglied bei der Kirchenleitung "anklopfen". Texte der Antwortbriefe: Rambows, Erfurt.

Termine regionaler Treffen

Sa. 5. 10., 11-15 Uhr und Sa. , 7. 12., 11-15 Uhr in **Erfurt**. Kontaktaufnahme über Rambows. Der Arbeitskreis freut sich sehr über neue Mitglieder und lädt herzlich ein!

Die "Rheinländer" treffen sich im Herbst wieder in **Köln**. Kontaktaufnahme über Morgenstern oder Bohr. Auch hier wird herzlich eingeladen!

Lutz Bohr



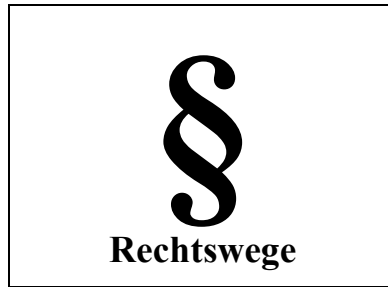
Die AG Gesetzesinitiative traf sich am Rande des Netzwerktreffens in Fronhausen, um weitere Schwerpunkte der Lobbyarbeit zu beraten. Angesichts der hohen Arbeitsbelastung durch die Internationale Konferenz und der Schwierigkeiten, Bundestagsabgeordnete während der heißen Phase der Wahlkampfes auf unser komplexes Thema anzusprechen, wurden größere Aktivitäten auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Zwischenzeitlich wurden allerdings unsere "Lobbymitarbeiter" in einem Brief noch einmal über den aktuellen Stand informiert und ermutigt, die Abgeordneten ihrer Region, die uns vermutlich aufgeschlossen gegenüber stehen, anzusprechen. Außerdem wurden alle Bundestagsmitglieder, mit denen Günther Lott bereits Kontakt hatte, angeschrieben und an unser Anliegen erinnert, indem sie auf die Internationale Konferenz hingewiesen wurden.

Die inhaltliche Übersicht über die bestehenden Gesetzesentwürfe sowie unsere ergänzenden Vorschläge in der Form einer Art Synopse macht Fortschritte und ist bei Interesse bei der Redaktion erhältlich.

6300 Unterschriften

Für unsere Erklärung werden nach wie vor Unterschriften gesammelt. Aktuelle Zahl der UnterstützerInnen (Stand 22. Juli 2002): genau 6.295, darunter auch einige Prominente.



In den letzten Monaten hat es einige Gerichtsentscheidungen zur Militärsteuerverweigerung gegeben, die hier kurz vorgestellt werden sollen. Ausführlichere Berichte und teilweise auch die Gerichtsbeschlüsse sind bei Interesse über die Redaktion erhältlich.

FG Baden-Württemberg

Am 19. 2. 02 scheiterte die Klage von Mechtild Eisfeld aus Freiburg vor dem 3. Senat des Finanzgerichts Baden-Württemberg. Sie ist Friedenspädagogin, gibt Workshops für gewaltfreie Konfliktlösung als Mitarbeiterin der *Werkstatt für gewaltfreie Aktion*, und arbeitet als Mediatorin. Auch dieser Widerspruch - die Steuern aus einer Arbeit für den Frieden für Kriegsvorbereitung auszugeben - konnten das Gericht nicht überzeugen. Mechtild Eisfeld will gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde beim Bundesfinanzhof in München einlegen, auch wenn sie wenig Aussicht auf Erfolg sieht.

Finanzgericht Dessau

Am 15. 1. 02 fand der Prozeß von Antje Hildebrandt aus Stendal statt. Sie ist Chefin und einzige Artistin des Kinder-Zirkus Knopf. Die Einnahmen aus diesem 1-Frau-Unternehmen sind zwar zu gering, als daß sie Einkommensteuer zahlen müßte, aber für ihren Kleinbus waren über 300 DM Kfz-Steuern angefallen, wovon sie den rechnerischen Kriegssteueranteil verweigert hatte. Einen Urteilsspruch gab es nicht, da die Klägerin auf Anraten des durchaus wohlwollenden Richters die Klage zurückgezogen hat, um ein Urteil wegen reiner Formfehler statt der inhaltlichen Begründung zu vermeiden. Sie hat inzwischen erneut Einspruch gegen ihren Steuerbescheid eingelegt und will bei Ablehnung wieder klagen.

Bundesfinanzhof

Sebastian Fleischhack hat nach seiner Niederlage vor dem Sächsischen FG (vgl. Netzwerknachrichten Nr. 26 und 27) zum zweiten Mal einen Friedenssteuerprozeß bis vor das höchste deutsche Finanzgericht, den Bundesfinanzhof (BFH), gebracht - leider wieder mit negativem Ausgang. Der BFH lehnte die Klage am 9.1.02 als unbegründet ab. Enttäuschend ist vor allem die dürftige Begründung von nicht einmal einer Seite, obwohl Sebastian in seiner gut begründeten und neuen Argumente im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg und seiner Klage evtl. Verfassungs- bzw. Völkerrechtswidrigkeit angeführt hatte.

Er hat inzwischen Beschwerde beim BVerfG eingereicht und wird dabei von der Regionalgruppe Ost unterstützt - auch finanziell. **Da die Anwaltskosten (bisher rd. 2.000 €) und, sofern die Klage zugelassen wird, auch die Prozesskosten vor dem Verfassungsgericht die Möglichkeiten der Gruppe übersteigen, wird um Spenden auf das Konto von Steuern zu Pflugscharen (vgl. S. 8) gebeten!**

DER HOFFNUNG NAHRUNG GEBEN

Ein indianischer Großvater sprach mit seinem Enkel über die Tragödie des 11. September:

Er sagte: „Mir ist, als kämpften zwei Wölfe in meinem Herzen. Der eine fühlt Rachegeleüste, ist wütend und gewalttätig. Der andere ist liebevoll und mitfühlend.“

Der Enkel fragte: „Welcher der beiden wird den Kampf in deinem Herzen gewinnen?“

Der Großvater antwortete: „Gewinnen wird der, dem ich Nahrung gebe.“

(Aus: *Finding Hope When Dreams Have Shattered, Hoffnung schöpfen, wenn die Träume zerbrochen sind*, von Ted Bowman)

Selbstanzeige wegen Totschlags

Einen ungewöhnlichen und bisher neuen Weg des Protests ging Walter Heister aus Henfenfeld. Er erstattete bei der Staatsanwaltschaft in Nürnberg Selbstanzeige, durch die jahrelange Steuerzahlung "eine unbekannte Zahl von Menschen mittelbar ermordet oder getötet, verletzt oder geschädigt zu haben" und bat um zügige Bearbeitung, "damit mein Fall nicht verjährt und ich meine gerechte Strafe antreten kann."

Die Reaktion der zuständigen Staatsanwältin: sie sehe keinen "Anlaß zur Aufnahme von Ermittlungen". Ein erneutes Schreiben von Walter Heister blieb bisher ohne Antwort.



Die Schwerpunkte in der internationalen Arbeit liegen zur Zeit immer noch bei **der UN-Arbeit von CPTI** (vgl. Kasten) und der bevorstehenden **Internationalen Konferenz** für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuer-Initiativen im September (siehe Titelbericht).

CPTI

Der **Vorstand von CPTI** traf sich am 2. Februar 2002 in Leuven (Belgien). Leider konnte ich nicht teilnehmen, berichte deshalb aus dem Protokoll.

Die Sitzung war, wie im letzten Jahr auch, auf diesen Termin gelegt, um wieder Gelegenheit zu haben, an dem gleichzeitig stattfindenden Treffen der Bertrand Russel Peace Foundation in Brüssel teilnehmen zu können. Marian Franz aus USA und Jackie Hoskins aus GB waren für uns dabei. Es gab dort einen Workshop zu unserem Thema, an dem immerhin 80-100 Personen teilgenommen haben.

Was bedeutet CPTI und „spezieller beratender Status“ bei der UNO?

CPTI (Conscience and Peace Tax International) wurde 1994 auf der Internationalen Konferenz für Militärsteuerverweigerer und Friedenssteuer-Initiativen in Hondarribia (Spanien/Baskenland) gegründet und hat einen international zusammengesetzten Vorstand, in dem auch das Netzwerk Friedenssteuer - z. Zt. durch Christa Voigt - vertreten ist. 1996 wurde CPTI als gemeinnütziger Verein in Belgien eingetragen und 1999 als internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) mit speziellem beratendem Status bei ECOSOC (dem Wirtschafts- und Sozialrat bei der UNO) anerkannt.

CPTI setzt sich dafür ein, dass das Recht anerkannt wird, die finanzielle Mittäterschaft durch Steuern an Rüstung und Militär aus Gewissensgründen zu verweigern; dies geschieht bei internationalen Friedenskonferenzen, bei verwandten NRO's und bei internationalen Körperschaften, wie z. B. bei der UNO in New York und Genf.

Während der Sicherheitsrat im Zusammenhang mit Kriegen (oft als „humanitäre Interventionen“ bezeichnet) öfter in den Nachrichten auftaucht, wird die wichtigste Arbeit der UN von ECOSOC und seinen zahlreichen Organen geleistet. Eines davon ist die

UN Kommission für Menschenrechte (CHR)

Die Kommission für Menschenrechte trifft sich in jedem Jahr für sechs Wochen im März/April in Genf, um eine Reihe von Themen die diskutieren, die etwas mit Menschenrechten zu tun haben.

Spezielle Berichterstatter (special rapporteurs) präsentieren die Ergebnisse ihrer Untersuchungen einzelner Aspekte der Menschenrechtssituation in einem bestimmten Land bzw. in einer Reihe von Ländern. Ländervertreter erklären Fortschritte, die in dieser Beziehung in ihrem Land erzielt wurden. Andere Delegierte zeigen Verletzungen der Menschenrechte in bestimmten Ländern auf. Resolutionen werden geschrieben, diskutiert und abgestimmt, um die Maßstäbe für Menschenrechte zu verbessern.

NRO's geben schriftliche Erklärungen vor der Sitzung ab und evtl. mündliche von 5 Minuten während der Sitzung, worin sie bestimmte Ländern wegen Menschenrechtsverletzungen anklagen oder Verbesserungen einfordern.

Am Rande der Sitzungen organisieren Delegierte von Regierungen und Vertreter von NRO's offene Informationsveranstaltungen zu bestimmtem Themen und geschlossene, um Resolutionen zu entwerfen.

Verweigerung aus Gewissensgründen ist ein ständiges Thema unter Punkt 11 der Agenda der Kommission „Zivile und politische Rechte“.

Während Organisationen wie z.B. War Resisters International, das Quäkerbüro bei der UNO, der Internationale Versöhnungsbund sich für die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe (COMS=Conscientious Objection to Military Service) einsetzen, widmet sich CPTI im besonderen der Frage nach der Verweigerung der Militärsteuern aus Gewissensgründen (COMT=Conscientious Objection to Military Taxation).

Wir sehen COMT als Weiterführung von COMS. Aus unserer Sicht macht es moralisch keinen Unterschied, ob jemand am Krieg oder der Vorbereitung dazu teilnimmt oder jemand anderen für seine Teilnahme bezahlt.

Christa Voigt (nach einem Bericht von Dirk Panhuis)

Kahnweiler, der Freund Picassos, fragte den spanischen Maler einmal:

"Warum gibt es auf Ihrem großen Wandbild 'Frieden' Fische in einem Käfig und Vögel in einem Aquarium?"

Picasso antwortete: "Im Frieden ist alles möglich!"

Im Abschlußprotokoll, das man auf der website der BRPF www.russfound.org nachlesen kann, heißt es: „Unterstützt die Gefangenen, die aus Gewissensgründen im Gefängnis sitzen und diejenigen, die sich dafür einsetzen, dass das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes mit der Waffe und mit der Steuer anerkannt wird!“

Im Herbst 2002 ist ein *European Social Forum* in Italien geplant, an dem auch Friedensorganisationen teilnehmen werden. CPTI wird nach Möglichkeit dabei sein, um unser Thema wieder einzubringen. Dieses alles sind, wie die vorangegangenen Treffen der BRPF auch, Stationen auf dem Weg zu einer großen „**Konferenz für Frieden und Menschenrechte in Europa und im mittleren Osten**“, die im nächsten Jahr in Cordoba in Spanien stattfinden wird. Die Stadt Cordoba hat bereits ihre Bereitschaft zur Mithilfe signalisiert.

Vertretung bei der UNO in New York und Genf:

Wir haben neben unseren beiden VertreterInnen **Rosa Packard** und **John Randall** bei der UN in New York jetzt auch einen offiziellen Vertreter in Genf: **Derek Brett** ist englischer Quäker, selbst kein Steuerverweigerer aber durch seine Frau, die seit mehr als 10 Jahren das Quäkerbüro bei der UNO in Genf vertritt, mit der Problematik vertraut. Seine häufige Anwesenheit in Genf verspricht mehr Kontakte auch außerhalb der Sitzungen.

Als Vertreter von CPTI waren in diesem Jahr bei der 58. Sitzung der CHR Commission on Human Rights) Dirk Panhuis (Belgien), Bart Horeman (NL) und Derek Brett (UK/Schweiz)

anwesend. Unsere schriftliche Erklärung wurde wiederholt (siehe Übersetzung im Kasten in der letzten Ausgabe der Netzwerk Nachrichten auf S. 6) und eine aktuelle mündliche Erklärung abgegeben. (siehe website www.cpti.ws unter Dokumenten)

Im letzten Absatz der mündlichen Erklärung heißt es:

“Wir ersuchen die Kommission, sowohl unser Menschenrecht darauf anzuerkennen, nicht für Krieg und Tod zahlen zu müssen, als auch unsere Pflicht, für Frieden und Leben zu zahlen. In der Fortführung dieses Rechts und dieser Pflicht, bitten wir die Kommission, Regierungen dazu aufzufordern,

a) eine Zusammenstellung ihrer zivilen Einrichtungen und Programme für nichtmilitärische Friedensentwicklung (...) abzugeben,

b) die Kommission über Ausgaben dafür im Verhältnis zum Militärhaushalt zu informieren,

c) Wege aufzuzeigen, wie Steuerabgaben an o.g. Einrichtungen und Programme abgeführt werden können als anerkannte Erfüllung der Steuerpflicht.“

Im Gespräch mit NRO's machten die Vertreter von CPTI die Beobachtung, dass die meisten Menschen nie über ihre eigene Beteiligung am Militär infolge des Steuersystems nachgedacht hatten. Viele NRO's sehen die Verweigerung der Militärsteuer als logische Fortführung der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe.

Im nächsten Jahr ist im Rahmen der Sitzung der Menschenrechtskommission in Genf Anfang April eine größere Informationsveranstaltung zu

unserem Anliegen für die VertreterInnen von NRO's im Bereich Abrüstung, Friedenserziehung, gewaltfreie Konfliktlösung geplant, und außerdem soll das Vorstandstreffen von CPTI zu diesem Zeitpunkt dort abhalten werden, damit mehr LändervertreterInnen vor Ort sein können.

Ein wichtiger Punkt war in diesem Jahr wieder, **alle, die einen Steuerungsverweigerungsprozess geführt haben und noch führen, zu ermutigen, ihre Beschwerde auch bei den Menschenrechtskommissionen der EU in Straßburg und der UNO in Genf vorzubringen**, weil alle Bemühungen dort keine Wirkung haben, wenn keine konkreten Fälle vorliegen. CPTI hat finanzielle Hilfe für diese Rechtswege vorgesehen und will das auf der Generalversammlung in Hirschluch beschließen. Wendet Euch in diesem Falle an mich, ich werde Euch an Erik Hummels vermitteln, der Rechtsanwalt in den Niederlanden ist und sich damit auskennt.

Christa Voigt

Christa Voigt wird mit der IK 2002, wie sie bereits seit längerem angekündigt hat, aus dem Vorstand von CPTI ausscheiden. Damit Deutschland auch künftig in diesem Gremium vertreten ist an dieser Stelle - neben einem **herzlichen Dank an Christa für ihre engagierte und kompetente Arbeit über acht Jahre** - ein dringender

Buchempfehlungen

Bernhard Willner hat ein Buch herausgebracht: **"Wehrdienstverweigerung oder Militärseelsorge - was hat Jesus gewollt?"**, erschienen im Scheunen-Verlag. Anhand von Zitaten aus dem Neuen Testament und Interpretationen von Karl Herbst analysiert er u.a. die Widersprüchlichkeit der Militärseelsorge und setzt sich gegen alle Versuche ein, die Friedensbotschaft Jesu für eine Legitimation von "gerechten" oder "humanitären" Kriegen zu missbrauchen.

Walter Heiter erinnert außerdem an das Buch von Wolfgang Krauß **"Was gehört dem Kaiser? Das Problem der Kriegssteuern"**, erschienen 1984 beim Agape Verlag, aber immer noch aktuell.

Appell an alle Netzwerkmitglieder, die sich für die internationale Arbeit interessieren, **über eine Nachfolgekandidatur nachzudenken**. Christa über die Arbeit bei CPTI: "Sie ist aufregend und belebend. Die Zusammenarbeit ist sachlich und menschlich immer ermutigend und beglückend." InteressentInnen sollten sich mit Christa in Verbindung setzen (Adresse siehe S. 8).

Informationen

"Verteidigungs"-Ausgaben um 3,3% gestiegen

Die Ausgaben für "Verteidigung" sind im Haushaltsentwurf 2003 der Bundesregierung im Vergleich zum Vorjahr um 768 Millionen Euro bzw. 3,3% auf 24,4 Mrd. € gestiegen. Der Anteil der offiziellen Militärausgaben nach dem sog. Einzelplan 14 stieg dadurch auf 9,9% bzw. - wenn man Zins und Tilgung aus der Bundesschuld anteilig hinzurechnet - auf 11,9%. Darin sind jedoch weder die 50% Kriegssteuer aus der Erhöhung von Versicherungs- und Tabaksteuer durch das sog. Antiterrorpaket in Höhe von mindestens 750 Mio. € enthalten noch Gewinne aus Verkäufen »ausgemusterter« Leopard-Panzer, Tornados oder MIG-29 und weitere Milliardenbeträge durch die Gründung von Beteiligungsgesellschaften und andere Finanzierungstricks. Insgesamt steigen die Ausgaben für die Bundeswehr damit erstmals seit 1992 wieder über 50 Mrd. DM bzw. 25 Mrd. €.

Nach den NATO-Kriterien, die auch indirekte Militärausgaben wie z. B. Pensionen für Bundeswehrangehörige etc. berücksichtigen, liegen die Ausgaben noch höher: 2001 (letzte verfügbare Zahlen) lagen sie mit 59,9 Mrd. DM um 28% über den Angaben des Einzelplan 14. Für 2003 kann also mit über 32 Mrd. € rechnen bzw. einem **Militärsteueranteil von rd. 15% des Haushalts**.

Rüstungsanteil der Mehrwertsteuer in Rechnungen ausgewiesen

Zur Nachahmung empfohlen: Ulrike Laubenthal, selbständige Friedensarbeiterin, weist in ihren Rechnungen für Gewaltfreiheitstrainings die in der

Mehrwertsteuer enthaltene Rüstungs- bzw. Militärsteuer getrennt aus und verbindet dies mit der Bitte an ihre Kunden, die damit Gewissensprobleme haben, ihr eine entsprechende Erklärung zu schicken, damit sie diese an das Finanzamt weiterleiten kann.

Kandidatenbefragung zur Bundestagswahl

Die DFG-VK mischt sich im Rahmen ihrer Kampagne "Schritte zur Abrüstung" in den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 ein. Neben einer Plakataktion, die zum Engagement in sozialen Bewegungen ermutigen soll, sollen Friedensgruppen und interessierte Bürgerinnen und Bürger mittels einer Kandidatenbefragung angeregt werden, mit den Menschen, die für den Bundestag kandidieren in einen Dialog zu friedens- und sicherheitspolitischen Themen zu treten.

Der ausführliche Fragebogen ist bei der Redaktion erhältlich oder kann auf der Kampagnen-Homepage www.schritte-zur-abruistung.de abgerufen werden.

Kirche, Geld und Steuern

Das Vermögen der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland wir auf rd. 490 Mrd. € (!) geschätzt. Zu diesem Ergebnis kommt der Hamburger Politikforscher Carsten Frerk nach dreijähriger Recherche in seinem über 400 Seiten starken Buch "Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland". Dazu gehören auch Steuerprivilegien in Höhe von 10 Mrd. €. Die laufenden Ausgaben werden knapp zur Hälfte aus den 8,5 Mrd. € Kirchensteuern gedeckt. Hier setzt der "**Verein zur Umwidmung von Kirchensteuern**" an, der für eine strikte Trennung von Staat und Kirche eintritt und sich daher für die Abschaffung der Kirchensteuern einsetzt. Nähere Informationen im Internet: www.kirchensteuern.de

Internet-Surftipps

Zwei etwas ungewöhnlichere Möglichkeiten, Geld an gemeinnützige Organisationen zu spenden - so auch das Steueraufkommen zu reduzieren -, zeigen folgende Internetadressen:

www.aktion-selbstbesteuerung.de
www.spendenparlament.de

Friedenssteuer-Chronik

Siggi Laugsch hatte in einer Übersicht alle wichtigen Ereignisse und Aktivitäten zum Thema „Militärsteuererweigerung aus Gewissensgründen“ aus den Jahre 1992-1999 zusammengetragen und dokumentiert. Nach Vorarbeiten von Gerlinde Rambow wird diese Chronik jetzt von Johannes Lewek weitergeführt. Er ist dazu natürlich auf Mithilfe und Zuarbeit angewiesen und bittet, ihm alle wichtigen Informationen über Entwicklungen, Initiativen und Veranstaltungen der einzelnen Netzwerk-Gruppen vor Ort zuzusenden, am besten per Mail:

Johannes Lewek, Arbeitsstelle Eine Welt, Leibnizstr. 4, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/5346-494 Fax: -490, mail: johannes.lewek@ekkp.de

Pressearchiv

Es soll versucht werden, ein Pressearchiv mit Artikeln über Militärsteuererweigerung zu erstellen. Wer entsprechende Zeitungsausschnitte neueren Datums hat, möge sie bitte in guter Kopierqualität (oder bereits eingescannt bzw. als Internetdatei als Datenfile) an Dedo v. Krosigk schicken bzw. mailen (Adresse vgl. S. 8).

Termine

Netzwerkrat: **22. - 24. 11. 2002 in Eisenach, Schwerpunktthema: Steuerboykott-Aktionen. Alle Interessierten, auch "Neulinge", sind herzlich eingeladen!**

Aus der Redaktion

An dieser Ausgabe wirkten mit: Dedo v. Krosigk (ViSdP) und Uta Pfefferle (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet. **Artikel** für die nächsten Netzwerk-Nachrichten **bitte an Dedo v. Krosigk, Birkenstr. 32, 30171 Hannover**. Wenn möglich als Ausdruck und ASCII-Textfile. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **15. Dezember 2002**. Wer weitere Exemplare dieser Friedenssteuer-Nachrichten wünscht, kann sie gegen 1,53 € in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellen.

Kontaktpersonen-Liste						Stand: Juni 2002
PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEPHON	FAX	e-mail	
Region Ost:						
04668 Leipnitz	Sebastian Fleischhack	Kirchberg 3	034386 - 42023			
04916 Herzberg	Bernhard Willner	Grochwitzstr. 10	03535 - 23839	03535 - 23839	BeWillner@web.de	
99084 Erfurt	Gerlinde u. Martin Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 - 3456264	0361 - 3456264	rambowerfurt@web.de	
Region Nordost:						
13088 Berlin	Henning Utpatel	Mahlerstr. 19	030 - 9246031	030 - 9246031		
Region Nord:						
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 - 801696	0511 - 14804 (d)	dedo.krosigk@web.de	
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 - 31231	12.30-13h		
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 - 4194	06406 - 905845	staude@gmx.at	
Region West:						
40489 Düsseldorf	Ute u. Robert Antoch	Alte Landstr. 32	0211 - 403986	0211 - 404723	rantoch@gmx.de	
50735 Köln	Hannelore Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	0221 - 743496	0221 - 3382171	hannelore.morgenstern@gmx.de	
51427 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Holunderweg 8	02204 - 56043	0221 - 3382293	juref-koeln-mitte@kirche-koeln.de	
Region Südwest:						
69227 Rauenberg	Günther Lott	Postfach 1051	06222 - 62741	06222 - 62702	info@trauben-apo.de	
73240 Wendlingen	Gabi Kurzenberger	Alleenstr. 4	07024 - 52554		gakurz@aol.com	
79110 Freiburg	Uta Pfefferle	Auwaldstr. 67	0761 - 16711	0761 - 16763	U.Pfefferle@gmx.de	
79249 Merzhausen	Christa u. Klausmartin Voigt	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	cvoigt@sampo.de voigtkm@sampo.de	
Region Bayern:						
81541 München	Sepp Rottmayr	Eduard-Schmid-Str. 26	089 - 659253	069 - 45991511	S.Rottmayr@igmuc.de	
80636 München	Dr. Christa Ertsey	Artilleriestr. 13	089 - 1290393			
84030 Landshut	Ingrid u. Kurt Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 - 74736	0871 - 74736		
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 - 353237	0911 - 269851		
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegelfeld 5	0911 - 5215210	0911 - 2142153		
Arbeitsschwerpunkte:						
Gesetzesinitiative: Klausmartin Voigt	79249 Merzhausen	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	voigtkm@sampo.de	
Internationales: Christa Voigt	79249 Merzhausen	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	cvoigt@sampo.de	
Steuern zu Pflugscharen: Lutz-E. Bohr	51427 Berg. Gladbach	Holunderweg 8	02204 - 56043	0221 - 3382-293		

Bestellung der Netzwerknachrichten

Der Preis für vier Ausgaben der Friedenssteuer-Nachrichten, das sind i.d.R. 2 Jahre, beträgt 10,- €. Die Bestellung erfolgt durch Überweisung auf das **Aktionskonto** (siehe rechts), Stichwort „Netzwerknachrichten“. **Absender nicht vergessen!**

Bei Spenden über 10 € ohne Verwendungszweck erfolgt automatisch eine Gutschrift über 4 Ausgaben der Nachrichten. Der Rest wird als Spende gebucht.

Nach Ablauf des Abos erinnert ein roter Punkt an eine fällige Verlängerung.

Adressenänderungen bitte an Günther Lott (Adresse s. o.)

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer
NACHRICHTEN



Aktionskonto: Kto-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00.

Bestellung der Netzwerk-Nachrichten (10 € für 4 Ausgaben): Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, Stichwort vermerken und Absender nicht vergessen!!

Spenden: Bund für Soziale Verteidigung, Kto.-Nr. 89420814, Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 490 501 01, **Stichwort: AG Friedenssteuer**

Spenden für die Aktion „Steuern zu Pflugscharen“: Ev. Gemeinde zu Düren, Kto.-Nr. 100 750, Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!

Materialversand (Bestellliste anfordern): Pax Christi, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel: 0241/ 402876, Fax: 0241/4018796

Transparente- u. Plakatverleih: Gudrun Rehmann, Brahmsstr. 11, 32756 Detmold, Tel. 05231/31231

E-mail: netzwerk-friedenssteuer@web.de

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de